

**Christian Baldauf, MdL**  
**Stellvertretender Vorsitzender der CDU-Fraktion**  
**im Landtag von Rheinland-Pfalz**

**Redebeitrag zur Plenarsitzung zu Tagesordnungspunkt 1**  
**51. Plenarsitzung, Mittwoch, 21. Februar 2018**

**Aktuelle Debatte**  
**„Massive Kritik an der Personal- und Sachpolitik der Landesregierung“**

Unkorrigiertes Redemanuskript

Es gilt das gesprochene Wort!

Sperrfrist: Redebeginn

21.02.2018

Anrede,

### **was kann der Staat von seinen Bürgern erwarten?**

Eine zentrale Frage, die uns in der Politik oft beschäftigt. Nehmen wir den Bereich der Integration, wenn etwa Pflichten definiert werden für Menschen, die dauerhaft bei uns leben wollen. Doch es geht auch andersherum:

### **Was kann ein Bürger von seinem Staat erwarten?**

Doch vor allem, dafür Sorge zu tragen, dass Menschen Vertrauen in diesen Staat, in seine Institutionen und Funktionen haben können. Dieses Vertrauen fußt auf dem Glauben an ein funktionierendes Rechtssystem. Der Sockel unserer Demokratie. Umso wichtiger ist es, dass – gerade in Zeiten tiefgreifender Veränderungen, von Polarisierungen in vielen Lebensfeldern – das Vertrauen in den Rechtsstaat nicht ausgehöhlt wird. Und deshalb wiegt es umso schlimmer, wenn eine Landesregierung Unsicherheiten erzeugt, etwa durch eine schlechte Personalpolitik.

#### **1. Personalmangel Strafvollzug**

Anrede,

**Bürgerinnen und Bürger in Rheinland-Pfalz dürfen erwarten, dass genügend Polizisten, ausreichend Ermittler zur Verfügung im Land stehen. Sie dürfen erwarten, dass unsere Gefängnisse sicher sind.**

Ende vergangenen Jahres waren mehr als 100 Planstellen in den rheinland-pfälzischen Haftanstalten nicht besetzt. Ein gefährlicher Engpass:

- Vier Strafgefangene sind der rheinland-pfälzischen Justiz in den vergangenen Jahren entkommen. „Nur Kleinkriminelle“ – wiegelt die Landesregierung ab. Ja, meinen Sie im Ernst, das macht es besser?
- Insgesamt sind seit 2011 16 Strafgefangene aus Einrichtungen des offenen Vollzugs beziehungsweise aus öffentlichen Krankenhäusern geflohen.
- 162 Häftlinge kehrten nicht von einem Aus- oder Freigang zurück.
- Drei Männern ist zuletzt binnen weniger Monate die Flucht aus psychiatrischen Kliniken gelungen – darunter ein verurteilter Mörder.

Zahlen, die verunsichern. Wenn das Land derart bei der Personalausstattung versagt, brauchen wir uns über hohe Ausbruchszahlen nicht zu wundern.

## 2. Personalausstattung Justiz

Noch immer fehlen rund 60 Richter und 20 Staatsanwälte im Land. Strafgerichte sind überlastet. Es fehlen Justizwachtmeister und Amtsanwälte. **Bürgerinnen und Bürger aber erwarten zu Recht, dass Gerichte und Staatsanwaltschaften ausreichend Personal haben. Sie erwarten zu Recht, dass die Landesregierung ihren Kernaufgaben nachkommt – damit Sicherheit und Kriminalitätsbekämpfung nicht ins Abseits geraten.**

Anrede,

**wir stellen fest:**

- **Einerseits bleibt eine verantwortliche, vorausschauende Personalpolitik aus.**
- **Andererseits blicken wir mit Sorge auf eine Personalpolitik, die immer wieder an Recht und Ordnung vorbeigeht!**

Um nur zwei Beispiele aufzugreifen:

## 3. Personalpolitik im Ministerium für Umwelt, Energie, Ernährung und Forsten: Besetzung der Leitung der Abteilung 4 (II)

Da wird eine Abteilungsleiterstelle im Ministerium von Umweltministerin Höfken mal eben fachfremd besetzt. Entgegen der Ausschreibung. Die Tierseuchenbekämpfung übernimmt eine Geografin, mit grünem Parteibuch. Ich stelle fest: **Parteibuch vor Bestenauslese** – damit kennt sich auch Ministerin Spiegel aus.

## 4. Spiegel-Versagen

Unter Missachtung aller beamtenrechtlichen Vorgaben hat sie versucht, eine Frau zur Abteilungsleiterin zu machen, die nicht die Voraussetzungen dafür mitbrachte, nur auf dem Grünen-Ticket fuhr.

**Es war das Verwaltungsgericht Mainz, das hier für die Einhaltung des Rechts sorgte.** Das die Entscheidung von Frau Spiegel einkassierte, weil ihre Kandidatin nicht dem Anforderungsprofil der Stellenausschreibung entsprach. Die Rheinpfalz kommentierte hierzu: „Der Staat ist nicht die Beute der Parteien.“ (Rheinpfalz 3.2.2018)

Anrede,

und dann das: Der Präsident des Oberverwaltungsgerichts Koblenz kritisiert öffentlich das Gebaren von Ministerin Spiegel.

Er kritisiert,

- wie das Integrationsministerium die Fachaufsicht über Ausländerbehörden ausübt,
- wie Urteile uminterpretiert werden und die Gerichtsbarkeit beschädigt wird,
- wie Ministerin Spiegel anweist, eine Abschiebung auszusetzen, obwohl Gerichte die Rechtmäßigkeit der Abschiebung bestätigten.

Ich frage mich,

- welches **Selbstverständnis** leitet eine Ministerin, die sagt, eine Maßnahme sei unverhältnismäßig, wenn ein Gericht zuvor die Verhältnismäßigkeit festgestellt hat?
- Welches **Rechtsverständnis** leitet eine Ministerin, die die richterliche Unabhängigkeit in Frage stellt?
- Und welches **Staatsverständnis** leitet eine Ministerin, die die Grenzen der Gewaltenteilung überschreitet und es in Kauf nimmt, rechtsstaatliche Institutionen zu beschädigen?

Und ich wundere mich zugleich, wie leichtfertig eine Ministerpräsidentin, die selbst Juristin ist, darüber hinweggeht.

Anrede,

es gab einmal Zeiten, in denen ein rheinland-pfälzischer SPD-Ministerpräsident Gerichte als „**nachgeordnete Behörden**“ bezeichnete. Wir dachten eigentlich, dass wir diese Gedankenwelt längst hinter uns gelassen hätten. Nun stellen wir fest: Am Umgang der Landesregierung mit der unabhängigen Justiz hat sich nicht viel geändert.

Herr Justizminister Mertin – was sagt eigentlich die selbsternannte Rechtsstaatspartei FDP dazu? Wo bleibt das Problembewusstsein der Liberalen? **Sie sind Teil einer Landesregierung, die den Rechtsstaat ins Abseits schickt.**

Anrede,

**Vertrauen und Verantwortung** gehören zusammen. Wir erlassen Gesetze in der Erwartung, dass jeder Bürger sich daran hält. Weil sich eben nun mal nicht jeder in einem Staat seine eigene Wirklichkeit basteln kann, seine eigene kleine opportune Realität. **Das gilt aber nicht nur für Bürger, sondern auch für Minister und für Regierungen.**

Und nun frage ich Sie, Frau Ministerpräsidentin Dreyer, Herr Minister Mertin: „Wo kommen wir denn hin, wenn eine Landesregierung sich nicht an Recht und Gesetz hält? Wenn sie selbst Gerichtsurteile nicht beachtet?“ **Das ist eine Überheblichkeit, die einer demokratischen Regierung nicht würdig ist. Und die ihr nicht zusteht.** Wer so handelt, muss sich nicht wundern, wenn die Menschen das Vertrauen in die Politik verlieren und wenn sie populistischen Parteien ihre Stimme gehen. Wer so handelt, der fördert Politikverdrossenheit.